



### **beratende Mitglieder**

Karina Berg	HVD Potsdam e.V.	entschuldigt
Dr. Kristina Böhm		entschuldigt
Lisette MacEwen	Kreiselterrat	entschuldigt
Fereshta Hussain	Migrantenbeirat	entschuldigt

### **Beigeordnete**

Prof. Dr. Walid Hafezi		entschuldigt
------------------------	--	--------------

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.12.2023
- 4 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.01.2024
- 5 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.02.2024
- 11 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 11.2 Zukunftsprogramm für Jugendfreizeitflächen 24/SVV/0216  
*Fraktion SPD; Fraktion Die Linke*
- 11.1 Satzung über die Festlegung und Erhebung von Elternbeiträgen 24/SVV/0152  
für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten in Kindertagespflege, für Potsdamer Kinder im Land Berlin sowie in Trägerschaft der Landeshauptstadt Potsdam ab 01.08.2023  
*Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie*
- 6 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat
- 7 Informationen zum Kinder- und Jugendbudget

- 8 Informationen des Jugendamtes
  - 8.1 Bearbeitung Bildungs- und Teilhabe-Anträge
  - 8.2 Sachstand Umsetzung Schul-Mittagessen
  - 8.3 Ergebnis Prüfkommision von Anträgen auf Regelförderung der Jugendförderung - Jugendberatungsstelle "bloQtalk 2023"
  - 8.4 Sachstand zum dringenden Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt
  - 8.5 Stand Stellenbesetzung im Jugendamt
  - 8.6 Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe
- 9 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 10 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 12 Sonstiges

## **Protokoll**

### **Öffentlicher Teil**

---

#### **1 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Reimann, eröffnet die Sitzung.

---

#### **2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 11 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Reimann informiert zur Tagesordnung darüber, dass der Tagesordnungspunkt 11 „Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung“ nach dem Tagesordnungspunkt 5 „Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.02.2024“ vorgezogen werde. Hier wolle man aufgrund der Gastredner

zunächst den Tagesordnungspunkt 11.2 „Zukunftsprogramm für Jugendfreizeitflächen, 24/SVV/0216“, danach den Tagesordnungspunkt 11.1 „Satzung über die Festlegung und Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten in Kindertagespflege, für Potsdamer Kinder im Land Berlin sowie in Trägerschaft der Landeshauptstadt Potsdam ab 01.08.2023, 24/SVV/0152“ behandeln. Anschließend werde man in der Reihenfolge laut Tagesordnung fortfahren. Weiterhin wolle man den Tagesordnungspunkt 8.6 „Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe“ ergänzen.

Er stellt die Änderungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig **angenommen**.

Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung von ihm zur Abstimmung gestellt und ebenfalls einstimmig **angenommen**.

Zum Tagesordnungspunkt 11.2 „Zukunftsprogramm für Jugendfreizeitflächen, 24/SVV/0216“ liegen Anträge auf Rederecht für Herrn Jäckel, vertreten für den Lindenpark sowie für das offene Kinder- und Jugendhaus „j.w.d.“, und Frau Kahl, vertreten für Rollrausch Potsdam e.V., vor. Diese werden einstimmig **angenommen**.

---

### **3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.12.2023**

Herr Reimann bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 14.12.2023.

Frau Parthum bittet darum in der Aprilsitzung zum Thema „Einhaltung TVÖD im Rahmen der LQEV“ eine Auskunft von der Verwaltung zu bekommen. Sie bezieht sich auf eine Anfrage in dieser Sitzung im Zuge des Berichtes der AG JuFö unter dem Tagesordnungspunkt „Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII“. Dies sagt Herr Reimann zu.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung gibt es keine Einwände und sie wird einstimmig **angenommen**.

---

### **4 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.01.2024**

Herr Reimann bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 18.01.2024. Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung gibt es keine Anmerkungen und diese wird einstimmig **angenommen**.

---

### **5 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.02.2024**

Herr Reimann bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 15.02.2024.

Frau Dr. Müller merkt an folgende Ergänzung unter dem Tagesordnungspunkt 9 „Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII“ bei dem Bericht der AG Kita aufzunehmen:

„[...] AG Kita

Frau Frenkler berichtet, dass am 30.01.2024 Neuwahlen stattgefunden hätten und man erneut am 13.02.2024 getagt habe. Sie berichtet zur Konstituierung, zur Sondersitzung mit Herrn Prof. Dr. Hafezi zur Finanzierung der Kindertagesbetreuung, zu Standorten/ Auslastung der Einrichtungen und zu Kinder mit besonderen Bedarfen. Der Bericht wird dem Protokoll angefügt (Anlage 2).

Weiterhin berichtet Sie zur E-Mail bezüglich eines Schreibens der Liga der freien Wohlfahrtspflege zur Kita Personalverordnung. Der Jugendhilfeausschuss habe dieses wegen der Bedeutung vor der Sitzung zur Kenntnis erhalten und die Verwaltung sollte mit der Beantwortung beauftragt werden. Über die Ergebnisse sollte der Jugendhilfeausschuss informiert werden.

**Der Jugendhilfeausschuss bittet die Verwaltung des Jugendamtes, das Schreiben der Liga der freien Wohlfahrtsverbände zur Kita-Personalverordnung des Landes - Befragung zur Auslegung der geltenden Kita-Personalverordnung - fristgemäß bis zum 01.03.2024 zu beantworten. Der Jugendhilfeausschuss ist über den Inhalt der Antwort zu informieren.**

Sie bittet darum im nächsten Jugendhilfeausschuss am 14.03.2024 einen Tagesordnungspunkt zur Bearbeitung von Bildung- und Teilhabeanträgen (BuT-Anträge) auf die Tagesordnung zu nehmen. [...]"

Die Änderung wird einstimmig **angenommen**.

Die geänderte Fassung wird einstimmig **angenommen**.

---

## 11 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

---

### 11.2 Zukunftsprogramm für Jugendfreizeitflächen

**24/SVV/0216**  
ungeändert beschlossen

Herr Reimann bringt den Antrag ein.

Frau Dr. Müller ergänzt, dass man somit einen Gesamtplan für die Realisierung erstelle und man vom punktuellen und temporären Beschäftigen mit einzelnen Flächen wegkommen könne.

Frau Kahl berichtet im Zuge ihres Rederechtes als Interessenvertreterin für Kinder und Jugendliche im Rollsport. In den letzten Wochen sei ein offener Brief zu diesem Thema ergangen. In Potsdam habe man eine lange Historie bezüglich Skateparks. Bis heute gebe es nach mittlerweile 15 Jahren kein konkretes Angebot dazu, daher der offene Brief. Die Prioritäten des offenen Briefes fänden sich in der Drucksache wieder. Skateparks seien soziokulturelle Treffpunkte. Diese würden nicht nur von Jugendlichen, sondern auch von Erwachsenen gefordert. Die Zukunftsprognose der Anzahl an Jugendlichen in Potsdam sei hoch und man benötige dringend entsprechende Treffpunkte.

Herr Jäckel berichtet als Vertreter für die Skateszene für den Lindenpark und das offene Kinder- und Jugendhaus „j.w.d.“. Im Zuge seiner jahrelangen Arbeit in dem Bereich bekräftigt er die Notwendigkeit für die Stadt Potsdam sowie deren Kinder und Jugendliche.

Herr Lars Schmä, kommissarischer Fachbereichsleiter 45 Klima, Umwelt und Grünflächen der Landeshauptstadt Potsdam, erläutert, dass man den Antrag seitens der Fachverwaltung begrüße und unterstütze, wenn zusätzliche Mittel für Kinder- und Jugendflächen zur Verfügung gestellt werden. Denn bisher sind die im STEK Spielflächen ausgewiesenen Bedarfe nur zu ca. einem Drittel über die Haushaltssatzung abgedeckt. Stadtweit könne so dann für alle Altersklassen eine Menge bewegt werden. Die Umsetzung wäre zu priorisieren. Grundsätzlich seien die Maßnahmen freiwillige Aufgaben, die in knappen Haushaltsjahren auch immer zur Disposition stehen. Bezüglich der Finanzierungsmöglichkeit aus der Sanierungsmaßnahme Babelsberg stellt er dar, dass dies auch politischer Unterstützung bedürfe, da die Gelder erst aus Immobilienverkäufen generiert werden müssten. Bzgl. der Mittel aus der Geflüchtetenunterkunft Nedlitzer Holz wäre zu klären, wie diese verwendet werden können. Dazu könne man demnach noch nichts sagen. Über die Mittel der genannten Finanzierungsquelle „Solar-Euro“ müssten die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden, im Übrigen läge auch hier eine Entscheidungsbefugnis bei der Stadtverordnetenversammlung. Hierzu gebe es aktuell Anträge und die Entscheidungen würden den Stadtverordneten obliegen.

Die im Antragstext gewünschte Berichterstattung stellt er für Mitte 2024 in Aussicht.

Im Namen der AG JuFö habe man sich laut Frau Tietz tagesaktuell dazu verständigt. Man sei der Meinung, dass es sich nicht um eine freiwillige, sondern um eine pflichtige Aufgabe handle. Weiterhin befürchte man, dass die genannten Mittel nicht ausreichen würden. Die AG JuFö schlägt vor die Mittel als Eigenmittel zu nutzen, um weitere Fördermittel beantragen zu können. Inhaltlich gibt man zu bedenken, dass die Ausstattung der öffentlichen Orte nicht nur männliche Nutzer\*innen erreichen sollte, sondern auch weibliche Nutzer\*innen berücksichtigt werden sollten.

In der anschließenden Diskussion findet man Konsens, dass der Antrag zu beschließen sei. Unklarheit herrscht darüber, was mit den bereits eingestellten finanziellen Mittel für die Flächen passiert sei. Dies müsse man eruieren. Die im Antrag genannten Flächen habe man priorisiert, da man sich mit diesen schon länger beschäftige. Laut Frau Dr. Müller würde der Beschlusstext des Antrages die Akquise von Fördermitteln nicht aus-, sondern einschließen, da man mit 2,5 Mio. Euro nicht auskommen werde. Die genannte Summe würde man mit dem Beschluss festschreiben, um damit hantieren zu können. Der Kita-Elternbeirat bekundet seine Irritation zu dem Antrag, denn die Diversität der Zusammenstellung erkläre sich ihnen nicht. Man befürchte, dass man deshalb im Bearbeitungsprozess an irgendeiner Stelle scheitern könne. Weiterhin fehle die Beteiligung von Frau Buhr und dem Ausschuss für Bildung und Sport. Man befürworte trotzdem den Beschluss des Antrages.

Herr Ströber schlägt vor den Antrag wie folgt zu ändern:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt für die Herstellung und Sanierung von Jugendfreizeitflächen ein Investitionsprogramm für ~~die Jahre 2025 bis 2029~~ aufzustellen.

Das Zukunftsprogramm beinhaltet **derzeit** folgende prioritäre Investitionsmaßnahmen:

...

Planungszeiträume seien laut Frau Dr. Müller aktuell sehr wichtig. Sie wirbt dafür den Antrag in seiner ursprünglichen Form zu belassen. Herr Ströber zieht seine Änderungsvorschläge zurück.

Herr Reimann plädiert abschließend, dass der Beschluss ein wichtiges Zeichen für den Kinder- und Jugendbereich in der Landeshauptstadt Potsdam wäre. Diese Investition müsse stattfinden. Man streite sich ständig über Gelder. Was an Finanzen in der Stadt verschwindend ausgegeben werde, stehe jedoch nicht im Verhältnis. Sofern finanzielle Mittel für Kinder und Jugendliche diskutiert würden, kämen stets starke Diskussionen auf. Dies sei ein schlechtes und falsches Zeichen. Es sei wichtig, dass in der kommenden Legislatur weiter dafür gekämpft werde.

Herr Reimann stellt die Drucksache zur Abstimmung.

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt für die Herstellung und Sanierung von Jugendfreizeitflächen ein Investitionsprogramm für die Jahre 2025 bis 2029 aufzustellen.

Das Zukunftsprogramm beinhaltet folgende prioritäre Investitionsmaßnahmen:

- (1) Herstellung der „Jugendaktionsfläche Nuthepark“
- (2) Herstellung des Skaterparks unter der Nutheschneelstraße inklusive eines Gestaltungswettbewerbs, sowie die Sanierung des Skaterparks im Lindenpark
- (3) Herstellung Jugendsportpark Marquardter Chaussee und „Pumptrack Kantstraße“
- (4) Herstellung von Jugendfreizeitangeboten im Bereich Bornstedter Feld, insbesondere eine „Pumptrackanlage“
- (5) Sanierung der Spielwelten / Spielplätze im gesamten Stadtgebiet, insbesondere Urwaldspielplatz Kiefernring, Spl. Max-Born-Straße und Spl. Gaußstraße
- (6) Weiterhin ist prioritär bis zum 30.09.2024 zu prüfen, wie die Maßnahme „Sanierung Jugendfreizeitstätte Ribbeckeck“ in das Zukunftsprogramm einbezogen werden kann.

Darüber hinaus sind weitere Maßnahmen aus dem STEK Spielflächen zu prüfen, ob in dem genannten Zeitraum eine Umsetzung ermöglicht werden kann.

Für das Zukunftsprogramm ist ein Haushaltsansatz zu bilden, welches aus den folgenden Quellen finanziert wird:

- Vor dem Hintergrund des Abschlusses der Sanierungsmaßnahme Babelsberg sollen aus den Überschüssen von 2025 bis 2029 jährlich mindestens 1,25 Mio. EURO für das Sondervermögen bereitgestellt werden.
- Aus dem Investitionshaushalt der LH Potsdam sollen von 2025 bis 2029 jährlich zusätzlich mindestens 1,25 Mio. EURO, über die bereits in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Maßnahmen hinaus, bereitgestellt werden.
- Diejenigen Mittel, die nicht für die Geflüchtetenunterkunft Nedlitzer Holz benötigt werden, sind bis zu einer Höhe von 3,5 Mio. EURO den Mitteln zur Finanzierung der Vorhaben umzuwidmen
- Weitere Finanzierungsmöglichkeiten für die Folgejahre sind zu prüfen und aufzuzeigen, so z.B. aus bisher noch nicht in genauer Höhe benennbaren Finanzierungsquellen, wie der sog. „Solar-Euro“ oder weitere finanzielle Beteiligungen der Kommune an Einnahmen aus Erneuerbaren Energien (Windenergie etc.) sowie im Rahmen der Entwicklungsmaßnahme Bornstedter Feld.

Über die Finanzierung und Ausgestaltung informiert der Oberbürgermeister die Stadtverord-

netenversammlung noch im 2. Quartal 2024.

Darüber hinaus erfolgt ab 2025 eine jährliche Berichterstattung durch den Oberbürgermeister, jeweils im ersten Quartal des Jahres, über die Finanzierungsmöglichkeiten/-quellen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

einstimmig angenommen

---

**11.1 Satzung über die Festlegung und Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten in Kindertagespflege, für Potsdamer Kinder im Land Berlin sowie in Trägerschaft der Landeshauptstadt Potsdam ab 01.08.2023**

**24/SVV/0152**  
ungeändert beschlossen

Frau Kerstin Elsaßer, Bereichsleiterin Bereich 234 Kindertagesbetreuung der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet, dass es lediglich redaktionelle Änderungen gegeben habe und bittet um den Beschluss der entsprechenden Beschlussvorlage.

Frau Dr. Müller kritisiert, dass es überhaupt dazu kommen konnte, da die Thematik eine gewisse Brisanz mit sich bringe. Es ergibt sich keine weitere Diskussion.

Herr Reimann stellt die Drucksache zur Abstimmung.

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

1. Die bisherige „Satzung über die Festlegung und Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten in Kindertagespflege, für Potsdamer Kinder im Land Berlin sowie in Trägerschaft der Landeshauptstadt Potsdam ab 01.08.2023“ (23/SVV/0480 vom 7.6.2023) einschließlich der Anlagen wird aufgehoben.
2. Die überarbeitete „Satzung über die Festlegung und Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten in Kindertagespflege, für Potsdamer Kinder im Land Berlin sowie in Trägerschaft der Landeshauptstadt Potsdam ab 01.08.2023“ einschließlich der Anlagen tritt rückwirkend zum 01.08.2023 in Kraft.
3. Der Oberbürgermeister wird unter Berücksichtigung weiterer landesgesetzlicher Regelungen beauftragt, erstmalig zum 01.01.2025 die Höchstbeiträge (Platzkosten inkl. Staffelung) sowie jährlich das Essengeld (erstmalig zum 01.01.2024) zu prüfen und ggfs. eine Anpassung der Beitragstabelle und des Essengeldes vorzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

einstimmig angenommen



---

## **6 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat**

Herr Bulgrin fragt, ob es möglich sei, Sportplätze, speziell Fußballplätze, vor allem abends geöffnet zu lassen. Herr Reimann verweist darauf, die Frage erneut im Ausschuss für Bildung und Sport zu platzieren.

Weiterhin berichtet er, dass morgen, am 15.03.2024, der Realtalk 2024 – Jugendliche treffen Politik, stattfindet. Er bittet die Vertreter der freien Träger darum, gerne noch weitere Jugendliche zur Teilnahme zu akquirieren.

Herr Kaiser würdigt Herrn Bulgrins Teilnahme an der Einwohnerfragestunde in der Stadtverordnetenversammlung.

---

## **7 Informationen zum Kinder- und Jugendbudget**

Herr Reimann berichtet, dass er sich mit Herrn Bischoff, Büroleiter des Büros des Oberbürgermeisters 901, zu dem Kinder- und Jugendbudget ausgetauscht habe. Dies solle umgesetzt werden. Der Beschluss dazu stehe schon. Jetzt werde aktuell eine Mitteilungsvorlage ausgearbeitet. Diese sieht vor, dass ein freier Träger gefunden werde, der ein kleines zusätzliches Budget für die Verwaltungsarbeit des Kinder- und Jugendbudgets erhalte. Auch die Nachweispflicht für die getätigten Käufe etc. solle dabei entfallen. Dazu werde es noch einen Austausch mit Frau Buhr geben. Sie werde hoffentlich dazu in der Aprilsitzung berichten.

Frau Schultheiss merkt an, dass das Verwaltungsbudget hoffentlich nicht zu gering ausfallen werde. Der Jugendhilfeausschuss plädiert für eine gute pädagogische Begleitung und da solle nicht gespart werden.

---

## **8 Informationen des Jugendamtes**

---

### **8.1 Bearbeitung Bildungs- und Teilhabe-Anträge**

Frau Christiane Gawlik, Bereichsleiterin 383 Soziale Leistungen und Integration der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet zunächst zur aktuellen Besetzung in der zuständigen Arbeitsgruppe. Aktuell seien 6 Mitarbeiter\*innen für die Bearbeitung der Anträge zuständig. Momentan habe man noch 2 unbesetzte Stellen, was sich voraussichtlich zeitnah ändern werde. 3 neue Mitarbeiter\*innen seien bis Ende Februar 2024 eingearbeitet worden. Die Mitarbeiter\*innen würden auch Samstagseinsätze leisten. In der Arbeitsgruppe habe man sich das Ziel gesetzt, den Bearbeitungsstand nicht über 6 Wochen ansteigen zu lassen. Die Abarbeitung des Staus solle bis max. 30.09.2024 erledigt sein. Im letzten Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion am 20.02.2024 habe man ebenfalls zu dem Thema berichtet. Zu diesem Zeitpunkt hätte man noch einen Rückstand von 4800 Anträgen gehabt. Seitdem habe man zusätzlich, zu den täglich neu reinkommenden Anträgen, 1100 Anträge aus dem Bearbeitungsstau abgearbeitet. Demnach liege die Zahl der aktuell noch offenen Anträge aus 2023 und 2024 bei ca. 3700. Das, was aktuell täglich an Anträgen reinkomme, könne abgearbeitet werden und darüber hinaus auch der Rückstau minimiert werden. Sobald alle

Stellen besetzt seien und der Rückstau abgearbeitet sei, hoffe man auf eine routinierte Abarbeitung ohne neu entstehenden Bearbeitungsstau.

Frau Gawlik ergänzt auf Nachfrage, dass pro Woche ca. 415 neue Anträge eingehen würden. Diese würden in Bezug auf anspruchsberechtigt oder nicht vorsortiert. Was aktuell seit dem 01.01.2024 an Anträgen reinkomme, bliebe nicht länger als 6 Wochen unbearbeitet. Auch in den Zielvereinbarungen mit den Mitarbeiter\*innen habe man den 30.09.2024 als Ziel der Abarbeitung hinterlegt. Anträge, die länger als 6 Monate unbearbeitet seien, würden selbstverständlich trotzdem noch bewilligt. Die Anträge würden zum Teil per E-Mail eingehen, eine Abarbeitung erfolge jedoch stets in Papierform. Alles müsse ausgedruckt werden. Die in der Vergangenheit angedachte BuT-Karte würde laut Frau Gawlik keine Vereinfachung in Bezug auf die Bearbeitung der Anträge sowie die Antragstellung mit sich bringen, da das Antrags- und Nachweiserfordernis weiterhin besteht.

Zusätzlich auf Nachfrage, ob durch die Einführung der Kindergrundsicherung Vereinfachungen zu erwarten seien, erklärt Frau Gawlik, dass lediglich die ohnehin als Pauschale gewährten Leistungen der kulturellen Teilhabe sowie der persönliche Schulbedarf, nach aktuellem Stand, von der Kindergrundsicherung erfasst sein sollen. Alle weiteren Leistungen sollen weiterhin im Antragsverfahren gewährt werden. Aktuellere Erkenntnisse zum Gesetzgebungsprozess seien aktuell nicht vorhanden.

---

## 8.2 Sachstand Umsetzung Schul-Mittagessen

Herr Christian Hilbert, Bereichsleiter 216 Bau und Betrieb Kita/Schule der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet, dass die Begrenzung des Portionspreises auf 3,90 Euro für ein Schulmittagessen gemäß Stadtverordnetenbeschluss ab dem 01.09.2023 umgesetzt worden sei. Alle betreffenden Caterer seien kooperativ gewesen und haben ihre Systeme unter einem hohen Personal- und finanziellen Aufwand umstellen können. Er bedankt sich bei den Caterern für deren Engagement und auch bei allen anderen Beteiligten. Man habe vor ein paar Monaten die Rückmeldung bekommen, dass nicht alle Familien über die Preisdeckelung informiert worden seien. Aus dem Ausschuss für Bildung und Sport erging der Auftrag, alle Elternhäuser demnach erneut zu informieren. Daraufhin habe der Schulträger alle Schulen im Herbst erneut informiert, mit der Bitte dies an die Eltern weiterzuleiten. Aktuell lasse sich kein Trend erkennen, dass aufgrund des Preisdeckels mehr Portionen Mittagessen abgenommen würden. Er weist daraufhin, dass der Preisdeckel nur bis Ende 2024 gelte. Mit Stand jetzt würden dann die Preise ab Januar 2025 wieder wie vorher gelten.

In der anschließenden Diskussion bemängelt Frau Dr. Müller die zum Teil unzureichende Qualität des Schulmittagessens und vermutet, dass dies der Grund sei, dass keine größere Inanspruchnahme trotz des Preisdeckels erfolgt sei. Herr Otto fragt nach dem 1-Euro-Essen für Bedürftige. Herr Hilbert verweist darauf, dass es immer noch diese Härtefallregelung gebe. In solch einem Fall könne auf freiwilliger Basis 1 Euro gezahlt werden. Herr Witzsche informiert, dass es aktuell auf Landesebene eine Volksinitiative zum kostenlosen Mittagessen gebe. Weiterhin weist er daraufhin, dass es im Grundschulbereich unterschiedliche Gesetzeskreise gebe. Der Hort sei in Bezug auf das Schulessen häufig nicht beteiligt. Er bittet darum, dies für die Diskussionen zu dem Thema für 2025 ff mit aufzunehmen.

Es wird vereinbart, dass der Schulträger zum neuen Schuljahr erneut zu dem Thema Schul-Mittagessen berichten werde. Herr Witzsche bittet um eine konkrete Aufstellung mit Unterteilung in Grundschulen und weiterführende Schulen sowie um eine Information, was die Stadt

draufzähle und wie sich das im letzten Schuljahr entwickelt habe.

---

### **8.3 Ergebnis Prüfkommision von Anträgen auf Regelförderung der Jugendförderung - Jugendberatungsstelle "bloQtalk 2023"**

Herr Ralf Becker, Qualitätsmanager Jugendförderung der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet, dass die Prüfung des Antrages „bloQtalk 2023“ im Namen der Prüfkommision entsprechend des Beschlusses erfolgt sei. Die Prüfkommision bestand aus folgenden Akteuren: Ute Parthum §-78-AG Jugendförderung, Julia Schultheiss Jugendhilfeausschuss, Ronny Richter 2301 / komm. Arbeitsgruppenleitung, Ralf Becker 2301 / Qualitätsmanagement Jugendförderung. Im Ergebnis seien 237 von 376 (4 x 94) möglichen Punkten vergeben worden. Dabei konnten nicht 2/3 (= 252 = 4 x 63) der möglichen Gesamtpunktzahl erreicht werden, welche für eine Antragsbefürwortung notwendig gewesen wären. Aufgrund des genannten Prüfergebnisses empfehle die Prüfkommision dem Jugendhilfeausschuss die Ablehnung des vorliegenden Antrags.

In der anschließenden Diskussion berichtet Frau Schultheiss, dass sie die Bewertung anhand der Matrix als sehr hochschwellig betrachte. Frau Tietz schließt an, dass aus ihrer Sicht das Prozedere nicht hinreichend sei, um aktuelle Bedarfe aufzunehmen. Man müsse nach Notwendigkeit bewerten.

Herr Becker erläutert, dass man den Antrag fachlich geprüft habe und laut Beschluss dem Jugendhilfeausschuss die fachpolitische Entscheidung obliege.

Frau Dr. Müller schlägt vor das Prüfergebnis in diesem Fall zur Kenntnis zu nehmen und bei der nächsten anstehenden Prüfung einen konkreten Beschluss durch den Jugendhilfeausschuss zu fassen. Herr Reimann und Herr Becker stimmen dem Verfahrensvorschlag zu.

---

### **8.4 Sachstand zum dringenden Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt**

Aktuell bereite der Personalservice vor, bis zu 14 zusätzliche Stellen im Stellenpool der Landeshauptstadt Potsdam dem Fachbereich 23 Kinder, Jugend und Familie stellenplanmäßig zuzuweisen. Gleichzeitig werden die Ausschreibungsmodalitäten vorbereitet. Man sei auch dabei, den zusätzlichen Bedarf an Büroräumen zu sondieren, die für diese Stellen benötigt würden. Man gehe davon aus, dass diese Stellen von den Stellensperren, die im Rahmen der Haushaltssituation der Landeshauptstadt Potsdam vom Oberbürgermeister verhängt wurden, nicht betroffen seien. Herr Prof. Dr. Hafezi könne in der nächsten Sitzung ausführlicher berichten.

In der anschließenden Diskussion ergänzt Frau Peters auf Nachfrage, dass verwaltungsunterstützende Fachkräfte in diesen 14 Stellen nicht inkludiert wären. Diese würden zusätzlich dazukommen. Die Ausschreibung der 14 Stellen könne nur im Block erfolgen, d.h. erst wenn alle Stellen im Stellenpool gefunden worden seien, könne man mit der Ausschreibung beginnen. Die Aufstockung des Krisendienstes erfolge im Rahmen der 14 zusätzlichen Stellen für den Bereich. Herr Küken erinnert daran, dass die bereits vorhandenen Mitarbeiter\*innen gehalten werden müssten, damit die bisher hohe Fluktuation im ASD verringert werde.

---

## 8.5 Stand Stellenbesetzung im Jugendamt

Es könne derzeit keine Aussage zu den Stellen getroffen werden, die von den Stellensperren betroffen seien, da diese Information dem Fachbereich 23 Kinder, Jugend und Familie noch nicht vorliege. Man sei jedoch in Abstimmung mit dem Fachbereich Personal, um einen Überblick zu erhalten. Sobald diese Informationen vorliegen, werde Herr Prof. Dr. Hafezi darüber informieren.

Herr Reimann erläutert, dass es Transparenz brauche, welche Auswirkungen das für das Jugendamt haben werde. Bekanntlich herrsche eine Überlastung in allen Bereich im Jugendamt vor. Er bittet um erneuten Bericht in der kommenden Sitzung mit einer detaillierten Auflistung, wie die Stellenbesetzung im Jugendamt aussehen und welche Stellen gesperrt und nicht zu erwarten seien.

Frau Dr. Müller bekundet Interesse an der Auskunft, was mit den Stellen sei, die man separat im Jugendhilfeausschuss beschlossen habe. Der Oberbürgermeister habe im Hauptausschuss verkündet, dass Stellen, die den Stadtverordneten am Herzen liegen, auch wegfallen würden. Was bedeutet die fachlich-begründete Dringlichkeit für die Stellenzusetze Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz und Frühe Hilfen.

Frau Peters erläutert auf Nachfrage, dass der Kinderschutz in Potsdam prioritär sei. Es sei schwierig geeignetes Personal zu finden. Sukzessive wurden die offenen Stellen jedoch nachbesetzt.

---

## 8.6 Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe

Herr Ströber bekundet, dass er auf eine Stellungnahme des Jugendamtes zur Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe gehofft hatte. Er habe bereits im Dezember zu Protokoll gegeben, dass dringend eine Nachbesetzung in der Lenkungsgruppe erfolgen müsse. Dies sei als Brandbrief zu verstehen gewesen.

Frau Peters berichtet, dass die Koordinierungsstellen-Anteile aus dem Fachbereich 21 Bildung und Sport aktuell abgestimmt würden. Seitens des Fachbereiches 23 Kinder, Jugend und Familie seien die Koordinierungsstellen-Anteile aktuell noch besetzt und werden dies auch zukünftig sein. Intern gebe es momentan Abstimmungsrunden, wie die Lenkungsgruppe am Laufen gehalten werde. Dazu könne man im 2. Quartal 2024 berichten.

Herr Reimann erinnert daran, dass man im Protokoll des Jugendhilfeausschusses vom 15.02.2024 festgehalten habe, dass sich der Beigeordnete zu diesem Thema äußern solle. Somit erwarte man eine Stellungnahme seinerseits in der Aprilsitzung. Hier solle auch zu den von Herrn Ströber im Namen der Lenkungsgruppe aufgeworfenen 4 Fragen Stellung bezogen werden.

PAUSE 18:21 – 18:35 Uhr

---

## 9 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

## UA JHP

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung hat am 07.03.2024 getagt.

Zum Sachstand zur Evaluation der Arche-Stelle habe man besprochen, dass die Evaluation einst beschlossen worden sei. Es seien keine Evaluationskriterien festgelegt worden. Die befristete Umsetzung der Stelle sei unstrittig gewesen. Jetzt müsse man Babelsberg wieder versorgen. Es gebe zwei Optionen: die Arche-Stelle geht zurück oder eine zusätzliche Stelle geht nach Babelsberg. Eine Rücksprache mit dem Regionalen Arbeitskreis (RAK) wäre sinnvoll. Danach könne es eine Interessensbekundung geben. Es wird vereinbart, dass die Verwaltung in den RAK gehe, den Bedarf erfrage und anschließend die Interessensbekundung plane. Parallel werde die Verwaltung die Arche zum Auslaufen des Projektzeitraumes informieren.

Es habe eine kontroverse Diskussion bezüglich des Themas Sozialraumorientierung via RAKs gegeben. Dabei sei es um den Umgang mit dem Beschluss des Jugendhilfeausschusses gegangen. Weiterhin habe es ebenfalls eine kontroverse Diskussion bezüglich der Kommunikations- und Gremienstruktur gegeben, die die erkannten inhaltlichen Bedarfe und Ziele der Neuordnung tatsächlich erreichen könne. Die Ressourcenfrage zur Umsetzung des vorhandenen Beschlusses scheine bisher unbeantwortet. Der Jugendhilfeausschuss werde daher nicht im Bericht des Unterausschusses, sondern unter Mitteilungen der Verwaltung über die neue Planung zur Gremienstruktur informiert. Die Ressourcengründe würden ebenfalls erläutert. Dies werde seitens des Beigeordneten für die Aprilsitzung des Jugendhilfeausschusses geplant.

Frau Ukrow habe zum Prozess der Neukonzeptionierung des Rahmenkonzeptes für die kommunal finanzierten Familienzentren berichtet. Aktuell gebe es Abstimmungen mit diesen drei und weiteren Interessent\*innen. Die Konzeptüberarbeitung erfolge mit der entsprechenden Arbeitsgemeinschaft. Ein Fertigstellungstermin stehe noch aus. Grundsätzlich müsse die fachliche Diskussion auch in der Verwaltung geführt werden, wie diese Thematik bezüglich Kitas integriert werde.

Unter Sonstiges habe es folgende Informationen gegeben:

Die Umsetzung des Jugendförderplanes verzögere sich. Eine neue Zeitschiene werde vermisst. Die UAG werde darum gebeten.

Die Kinder- und Jugendbudget-Vorlage sei diskutiert worden, es solle den Wünschen nach Niedrigschwelligkeit entsprochen werden. Personalbedarfe würden top down kommen.

Zum Umsetzungsstand SGB VIII sei das neue Kinder- und Jugendgesetz gestern vorgestellt worden und das Land habe damit manches noch konkretisiert. Man frage sich, was einen erware, ob alles realisierbar (u.a. Verfahrenslotsen) sei. Die Konnexität durch das Land sei noch nicht geklärt (die Richtlinie fehle). Jetzt gehe das erst ins politische Verfahren.

Das Sitzungsgeld für die Kinder- und Jugendvertretung sei bereits im parlamentarischen Verfahren durch Frau Krumrey (Landeskinder- und Jugendbeauftragte) kommuniziert,

Zur kommunalen Kita werde die Verwaltung das in der Fortschreibung der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung berücksichtigen.

Es würde Anträge auf Anerkennung vorliegen, die man zum Beschluss in den Jugendhilfeausschuss einbringen werde. Die Träger hätten bereits die Anerkennung, allerdings vorher zum Beispiel mit anderer Organisationsform oder von anderen Kreisen. Dies bedarf einer erneuten Bestätigung. Die Kinderschutzvereinbarungen würden vorliegen.

Der ESF+ Antrag im Förderprogramm „Stark vor Ort“ sei durch die Verwaltung am 16.01.2024 eingereicht worden.

Herr Ströber schlägt zur Arche-Stelle vor, vom Jugendhilfeausschuss eine zustimmende Kenntnisnahme zum weiteren Vorgehen zu erhalten. Herr Reimann fragt, ob sich dazu Widerspruch erhebe. Dies ist nicht der Fall.

Der Unterausschuss erkennt an, dass die Stelle befristet gewesen sei und gibt die Bedarfsermittlung in den RAK. Dieser bewerte, ob sie dort bleibe oder woanders hingehe.

Herr Reimann rekapituliert noch einmal, dass sich der Jugendhilfeausschuss einverstanden erklärt, vom RAK eine Rückmeldung zu bekommen, welche Bedarfe es in Babelsberg gebe.

#### AG Kita

Frau Annemarie Stecher berichtet, dass die AG am 05.03.2024 getagt habe und führt zu BuT Rückständen, der Richtlinie Kindertagespflege und den Auswirkungen der neuen KitaPersV aus (Anlage 1).

Auch wenn die Zuständigkeit für die BuT-Anträge im Geschäftsbereich 3 liege, gehe es hier um 1261 (offene Anträge) Kinder und Jugendliche. Die AG unterbreite im Sinne der Kinder folgenden Vorschlag zur übergreifenden Prüfung an die Verwaltung mit der Bitte um Rückmeldung an den Jugendhilfeausschuss: Die im Vorgang beteiligten Behörden, z.B. Jobcenter und Wohngeldstelle leiten die Unterlagen automatisch digital an den Bereich BuT weiter. Die zusätzliche Angabe, in welcher Einrichtung welches Kind betreut werde, könne ebenfalls gleich im Jobcenter oder in der Wohngeldstelle erfasst werden (Einwilligung vorausgesetzt). Die Bearbeitungszeit könne dadurch erheblich verkürzt werden. In den Bescheiden seien i.d.R. sowieso alle Kinder aufgeführt, da sie in die Berechnung einfließen. Die Einführung einer Bildungskarte muss abschließend entschieden bzw. umgesetzt werden.

#### AG HzE

Herr Küken berichtet, dass man bezüglich der Abstimmung mit der Verwaltung den Eindruck hatte, dass Tauwetter herrsche. Es habe einen Termin gegeben, um die Rahmenvereinbarungen für 2025 vorzubereiten. Dieser sei dann wieder gestrichen worden mit der Aussicht, dass es vor Ende April/ Anfang Mai keine Planung geben werde. So eine Kommunikation und Umgang miteinander, wie in den letzten 6 Monaten, habe er noch nicht erlebt. Zumindest mit Frau Peters und Frau Berg werde man ab April inhaltlich sprechen, um dies vorzubereiten, bis von der anderen Seite Gesprächsbereitschaft bestünde. Es wird vereinbart, dass sich der Beigeordnete dazu dringend in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses im April verhalten müsse.

#### AG JuFö

Frau Tietz berichtet zum Jugendförderplan, dass es ungünstig sei, dass sich der Prozess um Monate verschiebe, weil eine Person im Jugendamt krank sei. Die AG freue sich, dass es mit

der Überarbeitung der PLUS-Richtlinie in diesem Jahr vorangehen soll und da etwas geplant sei. Der Arbeitskreis Kinder und Jugendliche (AKKJ) habe zum Thema Gewalttätige Gruppe berichtet, dass es einen hohen Bedarf an pädagogischer Intervention gebe und die Herausforderung, was Gewaltschutz und den pädagogischen Umgang damit in den Einrichtungen betreffe (Gewaltschutz Mitarbeitende). Die AG habe weiterhin festgestellt, dass die AG Kinderschutz der Verwaltung nicht mehr tages bzw. nicht mehr existiere. Dies sei schwierig, weil aufgefallen sei, dass es eine enge Verknüpfung des Bereiches Jugendförderung mit dem Kinderschutz gebe. Man bitte um Aufklärung über den aktuellen Sachstand. Seit Januar seien die Verfahrenslotsen pflichtig und die AG frage, wo diese angesiedelt würden und was genau deren Tätigkeitsfeld sei. Man habe den Wunsch, dass die Verwaltung dazu ausführlich berichte. Zu den Tarifsteigerungen LGEV müsse es eine Regelung geben, wie steigende Personalkosten in dem 2-Jahres-Turnus mitgenommen werden könnten. Die aktuelle Situation sei so, dass, würden Nachanträge gestellt, müssten die LQEV gegebenenfalls neu abgeschlossen werden und das würde nicht empfohlen.

Frau Dr. Müller fordert im Namen des Jugendhilfeausschusses das Jugendamt auf, zur Reaktivierung der AG Kinderschutz zu berichten.

---

## 10 Bericht des Kita-Elternbeirates

Herr Witzsche berichtet, dass auf der politischen Landesebene seitens der Opposition ein neues Kitagesetz veröffentlicht worden sei. Es sei wichtig, dass sich alle, die sich für frühkindliche Bildung interessieren würden, damit auseinandersetzen. Dort seien viele gute Dinge enthalten. Unter anderem einen Vorschlag für ein neues Finanzierungsmodell. Der Kita-Elternbeirat appelliert, dass alle das in die jeweiligen Gremien mitnehmen und sich damit beschäftigen sollten.

Weiterhin müsse man sich im Jugendhilfeausschuss zeitnah mit den Familienzentren beschäftigen. Was ist ein Familienzentrum und welcher Bedarf könne an welcher Stelle durch ein definiertes Familienzentrum angegangen werden. Aktuell scheine es laut Herr Witzsche nur eine Hülle zu sein. Der Jugendhilfeausschuss müsse hier eine gemeinsame Sprache sprechen. Man solle dies zeitnah als Themenschwerpunkt setzen und in diesem Zusammenhang auch mit dem Thema „Leuchtturmprojekt für Potsdam: Familienzentren jetzt umsetzen“ angehen.

Es wird vereinbart das Thema Familienzentren auf die Tagesordnung in der Maisitzung zu nehmen.

---

## 12 Sonstiges

Es wird auf Nachfrage vereinbart in der Aprilsitzung eine Information zum Bewerbungsstand der Fachbereichsleitung Kinder, Jugend und Familie zu erhalten. Vorab werde man dazu im Unterausschuss berichten.

Weiterhin kündigt Herr Reimann an, dass er im April mit der Ausschussbetreuerin sowie Herrn Prof. Dr. Hafezi in den Austausch gehen werde, wie es nach der Kommunalwahl weitergehe.

Herr Otto erinnert daran, dass die Klausurtagung des Jugendhilfeausschusses am Samstag,

den 15.06.2024 stattfinde.

Vorsitz:

---

Tiemo Reimann

Protokollführung:

---

Eva Thäle